

Herrn Ministerpräsident  
Dr. Markus Söder  
Staatskanzlei  
Franz-Josef Strauß Ring 1  
80539 München

Landesverband Bayern  
des Bundes für Umwelt-  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.

**Richard Mergner**  
**1. Vorsitzender**

Bauernfeindstr. 23  
90471 Nürnberg  
Tel. 09 11/81 87 8-10  
Fax 09 11/86 95 68

Unser Zeichen            l#b#Atomkraft\_220323  
Datum                    23. März 2022

richard.mergner  
@bund-naturschutz.de  
www.bund-naturschutz.de

## **Diskussion um eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken**

### **Offener Brief**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

anfangs mit ungläubigem Staunen, dann mit Entsetzen habe ich Ihr massives Werben für eine Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken wahrgenommen.

Ihre Argumentation in Talkshows und in Ihrer Regierungserklärung Mitte März rund um den 11. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe, Atomenergie sei „billig, sicher und absolut klimafreundlich“ ist nicht nur ein Rückfall in längst vergangen geglaubte, dunkle Zeiten, in denen die CSU und Ihre Vorgänger als Ministerpräsidenten die Stromversorgung gerade Bayerns in höchst gefährlicher Weise auf Atomenergie festgelegt haben. Sie ist darüber hinaus fachlich falsch sowie ein Schlag ins Gesicht für all diejenigen, auch in Ihrer eigenen Partei, die sich seit Jahren für den Atomausstieg und die Energiewende einsetzen.

Laufzeitverlängerungen der bestehenden AKWs können keinen substantiellen Beitrag zum Ersatz von russischem Gas leisten. Zum einen decken die drei in Deutschland noch laufenden AKWs nur fünf Prozent der deutschen Stromproduktion und zum anderen dient das russische Gas vor allem der Wärmeerzeugung. Deshalb benötigen wir dringend neben der Energiewende, eine Wärmewende. Brennelemente für die Atomkraftwerke kommen in Deutschland zu über 60 Prozent aus Krisenregionen wie Russland, Kasachstan oder dem Niger. Ihre Forderung würde daher weitere Abhängigkeiten von Unrechtsstaaten erzeugen.

Als Umweltminister haben Sie im März vor elf Jahren, nachdem CDU, CSU und FDP die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke wenige Jahre vorher noch gegen massive Proteste der Zivilgesellschaft beschlossen hatten, die Abschaltung des Atomkraftwerks Isar 1 mit den Worten verfügt: "Japan ist eine Zäsur, (...) die Atomsicherheit habe sich bisher an wahrscheinlichen Gefahren orientiert (...), in Zukunft müsse man aber alle denkbaren Risiken einkalkulieren (...) und vielleicht sogar an das Unmögliche denken."

Ist Ihre damalige Erkenntnis seit den schrecklichen Kriegseignissen in der Ukraine nicht noch bedrückender? Wollen Sie auch angesichts der völlig ungelösten Atommüllfrage und der wieder ins Bewusstsein gerückten Gefahr von Atomkraftwerken als militärisches Sicherheitsrisiko eine Kehrtwende vollziehen?

Bomben und Raketen töten derzeit Menschen in Europa. Das havarierte Atomkraftwerk in Tschernobyl, dessen GAU vor nun 36 Jahren so viel Tod, Krankheit, Leid und verstrahlte Erde in der Ukraine, in Belarus aber auch in Bayern gebracht hat, ist von russischem Militär besetzt. Auch die laufenden Atomkraftwerke in der Ukraine sind von den Kriegshandlungen bedroht.

Fossile und atomare Brennstoffe sind die Wurzel vieler weltweiter Konflikte. Das Gebot der Stunde muss sein, die Ursachen weltweiter Konflikte an der Wurzel zu packen und sie nicht zu verschlimmern.

Mit ihrer Regierungserklärung haben Sie eine historische Chance verpasst, für die ohnehin auch aus Klimaschutzgründen nötige Transformation zu werben und die sich verschlimmernde Klima- und Biodiversitätskrise wirkungsvoll zu bekämpfen.

Werden Sie ähnlich der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Ihrer Verantwortung gerecht und motivieren Sie die Bevölkerung und die Unternehmen in einer Ruck-Rede, alles zu tun, um Energie zu sparen, effizienter zu nutzen und werben Sie mit allem Nachdruck für den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien als Freiheitsenergien ein.

Springen Sie über Ihren Schatten, verzichten Sie auf ökologisch wie sozial absurde Forderungen nach einer Spritpreislösung und setzen Sie sich stattdessen für ein Tempolimit, autofreie Sonntage, ein Verbot von Kurzstreckenflügen und das Ende der Windkraft-Abstandsregel ein.

Ich schreibe Ihnen, da ich die Hoffnung habe, dass Sie sich einer wertegeleiteten Energiepolitik nicht auf Dauer verschließen. Der BUND Naturschutz ist gerne bereit, Sie bei dieser historischen Herausforderung einer großen sozial-ökologischen Transformation zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen



Richard Mergner